

INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

Den Besten für Deutschland — Johannes Rau muß Kanzler werden



Liebe Medebacher!
Johannes Rau hat ein Regierungsprogramm
gelegt, daß auf drei Ziele ausgerichtet ist:

Für gerechtes Miteinander

Ausbildung für alle; das von Kohl gestrichene
Bafög — Berufsausbildungsförderung — soll
wieder eingeführt werden.

Arbeit für alle; die Bekämpfung der Arbeits-
losigkeit ist die Aufgabe Nr. 1. Die Stärkung der
Massenkaufkraft durch eine gerechte Steuer-
reform, das Sondervermögen 'Arbeit und Um-
welt', Arbeitszeitverkürzungen und konkrete
Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen
werden dabei helfen.

Weg mit dem ungerechten Kinderfreibetrag,
der die Kinder reicher Eltern bevorteilt. Statt
dessen ein Kindergeld, das für alle Kinder
gleich ist: 100 DM für das erste Kind, 200 DM
für's zweite, 300 DM für's dritte und jedes
weitere.

Für eine moderne Industriegesellschaft

Die technologische Entwicklung hat Millionen
Menschen Lebenschancen und Wohlstand
gebracht.

Aber die Industriegesellschaft gefährdet sich
heute selbst: Vergiftetes Wasser, vergiftete
Böden, vergiftete Luft. Riskante Atomkraftwer-
ke.

Wir brauchen dringend die ökologische Er-
neuerung unserer Industriegesellschaft: Repa-
ratur und Beseitigung von Umweltschäden.
Vorsorge gegen neue Schäden.

Diese Aufgabe erfordert technische Intelligenz,
entschlossenes Handeln, Mut zu neuen Lö-
sungen.

Diese Aufgabe bringt neue Arbeitsplätze mit
sich und sichert die alten: Arbeit durch Um-
weltschutz, Arbeit durch umweltfreundliche
Technologie.

Fortschritt muß den Menschen dienen (und
damit der Natur).

Für das Leben unserer Kinder

Ohne Frieden ist alles nichts.

Wir wollen: Weniger Geld für Bomben und für
Raketen, mehr Geld gegen Armut und Not in
der Welt und bei uns.

Wir wollen Abrüstung: Atomwaffen und biolo-
gische und chemische Waffen raus aus Euro-
pa, in einem ersten Schritt mindestens raus aus
der Mitte Europas (ABC-Waffen-freie Zone).
Verkürzung der Wehrdienst- und Zivildienstzeit
auf den vorherigen Stand.

Wir wollen Entspannung: Kein Rüstungsexport
in Länder außerhalb des Bündnisses.

Keine U-Boote an rassistische Systeme, wie
das in Südafrika.

Die SPD hat gute Argumente. Und wir haben den besseren Kanzlerkandi- daten: Johannes Rau.

Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen.

Franz Müntefering, MdB, SPD

CDU-Willkür

Um Willkür auszuschließen, Bürger, Gruppen
und Vereine gleich zu behandeln, hat sich die
Stadt Richtlinien gegeben. Dort wird die Ge-
währung von Zuschüssen davon abhängig
gemacht, daß ausreichende Haushaltsmittel
zur Verfügung stehen. Dieser Passus dient der
CDU aber anscheinend nur dazu, willkürliche
Entscheidungen zu bemänteln.

Da hatte der Bürgerschützenverein in Düding-
hausen um einen Zuschuß gebeten, um den
Vorplatz der Schützenhalle, der größtenteils
der Stadt gehört, zu pflastern. Damit sollten die
Verschmutzungen von Platz und Hallenboden
verringert werden.

Nun mag man darüber streiten, ob dies so nötig
ist oder nicht. Aber den Antrag in Bausch und
Bogen wie die Mehrheit der CDU-Fraktion ent-
gegen den städtischen Richtlinien mit der Be-
gründung abzulehnen, dann würden womög-
lich andere Schützenvereine auch Zuschuß-
anträge stellen, erscheint uns unzureichend.

Nach welchen Kriterien sucht sich die CDU die
Vereine eigentlich aus, denen sie auf Kosten
der Stadt Zuschüsse zukommen läßt? Da sie
sie nicht nennt, liegt der Verdacht auf Willkür
nahe.

Übrigens sei am Rande mit Freude vermerkt,
daß Stadtvertreter Harald Peters endlich sein
10jähriges absolutes Schweigen im Stadtrat
gebrochen und die Ablehnung der Vorplatz-
pflasterung durch die CDU dem Rat kundgetan
hat!

Strompreise rauf!

CDU: Nach der Wahl!

Die Bundesregierung hält längst fällige Strom-
preiserhöhungen zurück. Vor wenigen Tagen
wurde bekannt, daß die RWE und VEW noch im
Herbst 1986 den Strompreis um einige Pro-
zentpunkte erhöhen wollten. Grund sollte u. a.
die Anhebung des Kohlepennings sein. Da aber
eine wohl notwendige Erhöhung der Strom-
preise nicht in das Stabilitätsbild der Bundes-
regierung gepaßt hätte, fand eine Absprache
zwischen Bundeswirtschaftsminister Martin
Bangemann und den Energieversorgungsun-
ternehmen statt. Nun soll die Strompreiserhö-
hung erst nach der Wahl bekanntgegeben
werden.

Es steht zu befürchten, daß weitere Unterneh-
men und Dienstleistungsbetriebe derzeit fällige
Preiserhöhungen bis Anfang Februar zurück-
halten, um „ihrer“ Bundesregierung nicht in den
Rücken zu fallen. Da wird wohl einiges auf uns
zukommen nach der Wahl!

WENDE =

- Aufschwung für Wenige
- Sozialabbau für viele
- Arbeitslosigkeit ohne Ende
- weiter so Deutschland??

Derzeit versucht die CDU-Partei prominenz landauf, landab die Erfolge der Wenderegierung an den Bürger (Wähler) zu bringen. Dabei kann sie sich wie auch vor vier Jahren wieder über die tatkräftige Unterstützung durch Wirtschaftsverbände, Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZDK) und bedauerlicherweise auch der meisten Massenmedien freuen.

Fast täglich können wir, angefangen von der Springerpresse bis hin zur heimischen Westfalenpost, Berichte und Kommentare über die Erfolge der Bundesregierung lesen. Da wird von Wachstum geschrieben, von Abbau der Staatsverschuldung, von Exportrekorden und Preisstabilität und alles selbstverständlich zurückzuführen auf die tüchtige Regierung Kohl/Genscher.

Nun sind da zwar noch 2 Millionen registrierte Arbeitslose, so viele wie noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik, und die Zahl der Dauerarbeitslosen und Sozialhilfeempfänger steigt weiter an, aber was solls, auf die kommt es bei der Wahl ja nicht an, das ist, wenn man so will eine Minderheit — wichtig ist, die Mehrheit wird bei Laune gehalten, denn die Mehrheit entscheidet über die Macht.

Weiter so Deutschland?

Hauptsache das Wirtschaftswachstum stimmt und die Gewinne der Unternehmen steigen



und die Steuern sinken, vor allem für die Reichen, denn das sind ja die Leistungsträger im Lande. Nicht umsonst hat auf diesem Gebiet die Regierung Kohl ganze Arbeit geleistet, noch nie gab es so viele Millionäre in diesem, unserem Lande wie jetzt, wie schön, für die Millionäre.

Weiter so Deutschland?

Von der vielgepriesenen 2. Stufe der Steuerreform werden zwar fast alle verheirateten Arbeitnehmer bis 4000 DM Monatsbruttolohn keinen Pfennig sehen, die Spitzenverdiener mit 20.000 DM Monatseinkommen jedoch jährlich 4000 DM weniger ans Finanzamt zahlen brauchen. Genau so unsozial sind die neu gestaffel-

ten Kinderfreibeträge, die nur dem Steuern ersparen, der eigentlich genug Geld hat, um ohne stattliche Hilfe Kinder großzuziehen.

Weiter so Deutschland?

Dabei bleibt die Frage offen, wo denn Herr Stoltenberg in den nächsten Jahren die zweistelligen Milliardenbeträge hernehmen will, die er für die unsozialen Steuergeschenke benötigt. Die Bundesbank wird ihm in den kommenden Jahren keine so kräftigen Überschüsse mehr liefern können wie bisher. Auch die Überschussablieferungen der Bundespost werden Dank der unwirtschaftlichen, unnützigen Verkabelungspolitik von Postminister Schwarz-Schilling kleiner ausfallen als bisher.

Könnte doch Herr Stoltenberg in den vergangenen Jahren die Neuverschuldung nur runterfahren, weil ihm Bundesbank und Bundespost die sonst klaffenden Haushaltslöcher gestopft haben. Hätten SPD-Finanzminister in den Jahren bis 1982 solche Überschüsse einstreichen können, hätte sie auch die Neuverschuldung verringern können.

Nach neuesten Berechnungen werden bereits in 1987 die Steuereinnahmen geringer ausfallen als erwartet, dies wird nach Schätzung von Fachleuten dazu führen, daß spätestens 1988 mit einer höheren Neuverschuldung des Bundes zu rechnen ist als die bisherige Höchstkreditaufnahme der sozialliberalen Koalition in 1981. Dazu wird es Einsparungen hageln, die wieder der Masse der Arbeitnehmer aufgedrückt werden. Nach einem bereits im Jahr 1984 im Bundesfinanzministerium erstellten Papier soll unter dem Tarnmantel „Subventionsabbau“ der Wegfall der Arbeitnehmerfreibeträge, des Weihnachtsfreibetrages und der Wegfall der Arbeitnehmersparzulage vorgesehen sein.

Weiter so Deutschland?

Auch steht zu befürchten, daß Minister Stoltenberg, um seine Steuergeschenke an die Besserverdienenden finanzieren zu können, die Mehrwertsteuer um 1 bis 2 Prozentpunkte erhöht. So tragen alle Bürger dann in kleinen Raten das Geld zusammen, welches die Spitzenverdiener dann unter Jubelrufen auf die Regierung Kohl einstreichen dürfen.

Weiter so Deutschland?

Daß die meisten Unternehmer so auf die Wenderegierung schwören, ist eigentlich unverständlich, sind gerade die kleinen Unternehmer von dieser Bundesregierung im Stich gelassen worden. Noch nie gab es so viele Firmenzusammenbrüche wie in diesem Jahr! Die Zahl der Pleiten ist seit der Wende kontinuierlich auf fast 19.000 im Jahr 1985 gestiegen und für 1986 werden bereits 20.000 erwartet.

Wo bleiben angesichts dieser „Wachstumsraten“ die Aufschreie der Bildzeitung oder von Herrn Löwenthal im ZDF-Magazin.

1982 wurde Helmut Schmidt bereits bei gut 15.000 Pleiten als Pleitenkanzler diffamiert.

Weiter so Deutschland?

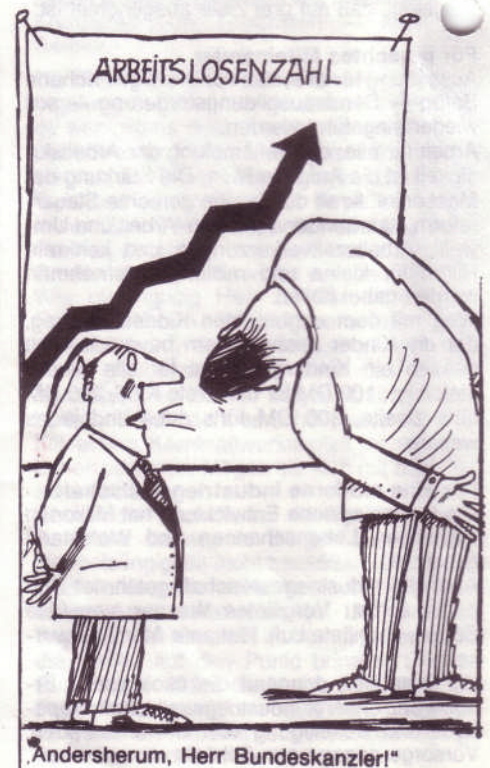
Fragt sich nur, ob der Wähler nicht längst begriffen hat, daß auch die Rekordexporte der letzten Jahre weniger der Regierung Kohl als dem hohen Dollarkurs, der deutsche Waren im

Ausland billiger machte, zuzurechnen sind. Denn seit der Dollarkurs fällt, gehen auch die Exporte zurück, und wenn man bedenkt, daß der sogenannte Aufschwung zu großen Teilen vom Export geprägt wurde, dann muß befürchtet werden, daß schon im nächsten Jahr das Strohfeuer Aufschwung abgebrannt ist und die Wachstumsraten wieder sinken. Die Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigen in ihren neuesten Gutachten bereits diesen Abwärtstrend. Und wo bleibt die vielgelobte Preisstabilität, wenn sich die OPEC-Länder wieder einigen und der Ölpreis steigt?

Im Durchschnitt ist derzeit zwar die Preisstabilität gegeben, es kann jedoch nicht übersehen werden, daß der Preisrutsch bei Öl, Benzin, Gas und vielen Elektronikartikeln über nicht unerhebliche Preissteigerungsraten in anderen Bereichen (Kraftfahrzeuge, Versicherungen, Mieten, Dienstleistungen usw.) hinwegtäuscht. Erst wenn die derzeit sehr günstigen Weltwirtschaftsbedingungen (Dollarkurs, Ölpreis usw.) — die der Wenderegierung in den Schoß gefallen sind — sich wieder auf Durchschnittswerten eingependelt haben, wird sich zeigen, was von den Erfolgen des „Black-Out-Kanzlers“ übrig bleibt, außer Arbeitslosen, Pleiten, Peinlichkeiten über Peinlichkeiten und einer Ellenbogengesellschaft mit einer Rekordzahl an Superreichen und einem Millionenheer an Sozialhilfeempfängern.

Es darf nicht so weitergehen in Deutschland!

Gehen Sie zur Wahl am 25. Januar und machen Sie der Wende ein Ende!



Aus dem Rathaus

Finanzen

Im Oktober hat der Rat den Nachtragshaushalt verabschiedet. Mit Sorge blickt der Stadtdirektor auf den anstehenden Haushalt 1987. Der Stadt werden vor allem Mittel fehlen, weil die Schlüsselzuweisungen nicht nennenswert steigen werden, aber eine drastische Erhöhung der Kreisumlage zu erwarten ist.

Nun weiß jeder, der sich dafür interessiert hat: Die Erhöhung der Kreisumlage hängt zu einem bedeutenden Teil mit dem Neubau eines Kreishauses zusammen. Deshalb hatte sich die SPD vehement gegen den überzogenen Bau ausgesprochen. Die CDU aber hat ohne Rücksicht auf die Finanzen der Gemeinden mit ihrer Mehrheit diesen Kreishausesneubau durchgeboxt.

Auch der CDU-Fraktionschef Schmiedeler pflegt wegen der für die Stadt zu erwartenden finanziellen Enge die Stirn in Kummerfalten zu legen. Wir haben aber nie von ihm gehört, der Kreis solle sich bei seinem Neubau doch bescheidener geben. Durchgesetzt hat er stattdessen den Ankauf des Gebäudes Oberstraße 26 neben dem Rasthaus. Da soll nicht nur das Gebäude als Denkmal ausgebaut, da soll nach dem Plan seines Bruders auch ein schamhaftes „Kommunikationszentrum“ genanntes Glasgebäude auf dem gekauften Grundstück errichtet werden.

Man kann aber wohl eher annehmen, hier handele es sich um die Planung eines überproportionierten Sitzungssaales für die Stadtvertretung. Die völlig unnötige Belastung des Stadtsäckels durch diesen Bau wollen Herr Schmiedeler und seine CDU-Männer aber ohne Rücksicht auf die bevorstehende schwierige Haushaltssituation gern in Kauf nehmen. Nach unserer Auffassung ist dies unverantwortlich. Bestimmt zeugt es nicht von sorgsamem Umgang mit dem Geld des Bürgers, wenn man zwar ständig über Gebührenerhöhungen bei Wasser, Kanal, Müll usw. jammert, auf der anderen Seite aber großartig unnütze Gaspaläste auf die Wiese setzen will. Uns jedenfalls genügt nach wie vor das Feuerwehrgerätehaus.

Grundsteuer

Der Haushalt 1986 hat die SPD wegen der unheimlichen Grundsteuerbelastung der Bürger abgelehnt. Die CDU hat die Grundsteuer B nämlich angehoben, nicht aber die Grundsteuer A. B zahlen vor allem die Eigenheimbesitzer, A die Landwirte. Gegenüber dem Haushaltsansatz 1985 erhöht sich die Grundsteuer B für Eigenheimbesitzer nach dem Nachtrag 1986 um rund 100.000,— DM auf 542.000,— DM. Die Grundsteuer A für den überwiegenden Teil aller Grundstücke im Stadtgebiet sinkt dagegen vom Ansatz 1986 in Höhe von 93.000,— DM auf 84.000,— DM, mithin von einem Anteil von 17,5% am Gesamtaufkommen auf nur noch 13,4%. Wir können mit dieser CDU-Politik nicht einverstanden sein.

Aufwandsentschädigungen

Die SPD hat es im Frühjahr abgelehnt, die Diäten für die Stadtratsmitglieder zu erhöhen. Dadurch sind 30.000,— DM eingespart worden. Notgedrungen hat sich damals die CDU der SPD angeschlossen. Entsprechend höhere Mittel konnten infolgedessen dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. Voller Freude hat die CDU festgestellt, daß 1986 keine Nettoneuverschuldung der Stadt eingetreten ist, vielmehr sogar — im Nachtragshaushalt ausgewiesen — eine Entschuldung von 24.760,— DM erreicht worden ist. Flugs hat sie

sich diese Feder an den Hut gesteckt. Aber: wären die Diäten erhöht worden, so wäre keinerlei Entschuldung eingetreten, die Nettoneuverschuldung wäre um 5.240,— DM gestiegen.

Ausbildungsplätze

Die Stadt hat auf Antrag der SPD am Jahresbeginn 2 weitere Ausbildungsplätze geschaffen. Der CDU-Vertreter Drilling ist damit gar nicht einverstanden. Sie kämen der Stadt zu teuer, der Bürger müsse schließlich über die Kanalgebühren für sie aufkommen. So also sieht sein soziales Verständnis aus!

Die Belastung der Kanalgebühren um einige Pfennige bedeutet ihm mehr als die Chance für 2 junge Leute, eine vernünftige Ausbildung in einem (gefragten!) Beruf zu erhalten. Ja, sähe er sie denn lieber ihr Leben nach der Schule als Arbeitslose beginnen? Sollen sie der Allgemeinheit über die Sozialhilfe zur Last fallen? Welch eine verquere Logik!

Daß Herr Drilling sich gegen Kreishausesneubau und „Kommunikationszentrum“ zur Wehr gesetzt hätte, ist uns noch nicht zu Ohren gekommen.

Schildbürgerstreich

Um die Attraktivität des Hallenbades zu steigern, sollte der Saunabereich vergrößert und verbessert werden. Immerhin sind hier auch die Einnahmen mehr als kostendeckend. Folglich wurde auf Beschluß des Rates der Ausbau in Angriff genommen und bis zum Sommer etwa zur Hälfte fertiggestellt. Im September sollte nun der Rat das Geld zur Fortsetzung der Arbeiten bereitstellen. Da aber legte sich plötzlich Herr W. Schmiedeler quer, folgsam ihm nachtrabend auch fast die ganze CDU-Fraktion. Daß Herr Schäfer von einem Weiterbauen nichts hielt (welchen Nutzen hätte es für Bauern?), versteht sich von selbst. Die Sache ist damit erstmal auf die lange Bank geschoben. Die umwerfende Begründung: Im geplanten Feriengebiet (Stadtausgang Küstelberg) werde wahrscheinlich auch ein Hallenbad mit Sauna entstehen.

Das war zwar schon bekannt, als man den Ausbau beschloß. Herr Schmiedeler hatte das damals aber wohl übersehen. Ihn berührte auch nicht, daß das Feriengebiet sich erst im Anfangsstadium der Planung befindet und auf Jahre hinaus ungewiß ist, ob und wann dort ein Hallenbad mit Sauna entsteht. Denn — wie an anderer Stelle nachzulesen — für ihn bestimmen zunächst mal Emotionen die Politik. Deshalb reagierte er auch geradezu beleidigt, als man seine unvermittelte Sinnesänderung als „Schildbürgerstreich“ bezeichnete.

So kann man sich halt auch für die Interessen der Bürger einsetzen: Bauruinen errichten.

**Die SPD Medebach
wünscht allen Lesern
ein frohes
Weihnachtsfest und
ein gutes,
friedvolles Jahr 1987.**

Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Medebach
Redaktion: Dietmar Bügler, Roninghausen 5,
5789 Medebach
Satz/Druck: Krälling-Druck, Siedlinghausen

CDU und die Rheinvergifter

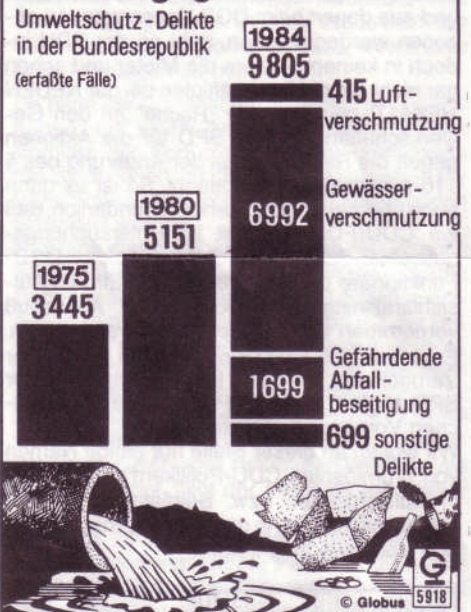
Als vor wenigen Wochen der Schweizer Chemiekonzern Sandoz mit vergiftetem Löschwasser den Rhein versauerte, hatten die deutschen Chemieriesen BAYER und BASF nichts besseres zu tun, als sofort ganzseitige Zeitungsanzeigen zu bestellen, in denen sie erklärten, daß so etwas in deutschen Chemiewerken nicht passieren kann.

Was werden sie nun für eine Volksverdummungsentschuldigung veröffentlichen, nachdem beide Chemiemultis in den letzten Tagen dem stark angeschlagenen Rhein den Rest gegeben haben.

Die Bundesregierung ist gefordert, solchen Umweltvergiftern das Handwerk zu legen — nun mal ran Herr Wallmann!

Aber wie peinlich — denn das sind schließlich die gleichen Leute, die auf der einen Seite in teuren Zeitungsanzeigen mit Lobgesängen auf den Aufschwung den Wahlkampf von CDU und FDP unterstützen und nebenbei heimlich bei Nacht und Nebel ihre überflüssige Giftsuppe in den Rhein laufen lassen.

Sünden gegen die Umwelt



Umgangston

Der Bürger hat ein Anrecht darauf, von der Stadt sachliche Antworten auf seine Anfragen, Bedenken und Eingaben zu erhalten. Auch dann, wenn ihm bei der Abfassung selbst mal die Pferde durchgegangen sind.

Ganz anderer Ansicht war mal wieder die CDU-Fraktion unter Anleitung ihres Chefs W. Schmiedeler. Eine dem sachlichen Inhalt nach richtige, in der Sprache aber höchst polemische Antwort beschloß sie (leider stimmte dem auch einer von uns zu) gegenüber den Bedenken der Natur- und Vogelschützer gegen das geplante Feriengebiet am Stadtausgang Richtung Küstelberg.

Besonders Herr Schmiedeler machte sich für diese emotionale Stellungnahme der Stadt stark. Politik sei nunmal durch Gefühle, Stimmungen, Emotionen geleitet. Mit wohligen Gefühl verbaler Selbstbefriedigung konnte man endlich mal den Naturschützern richtig aufs Haupt schlagen. Und dann wunderte sich Herr Schäfer auch noch über die ablehnende Haltung gegenüber einem Beschluß, der solche Emotionen als „sorgfältige Abwägung“ bezeichnete.

CDU und die Neue Heimat

Fast täglich ist derzeit in der Presse neues von oder über die NEUE HEIMAT zu hören. Was den meisten Bürgerinnen und Bürgern nicht bekannt ist, ist die vor wenigen Wochen bekanntgewordene Tatsache, daß die CDU in einem geheimen Fraktionspapier bereits alles, was jetzt in der Öffentlichkeit abläuft, genau vorgeplant hat, um die Gewerkschaften generell und die SPD im Wahlkampf in die Ecke zu stellen.

So haben die CDU-Strategen Seiler und Kabel bereits im Frühjahr 1986 der CDU-Fraktion ein Thesenpapier vorgelegt, welches nur ein Ziel verfolgen sollte, die Gewerkschaften schwächen und das Thema in Verbindung mit der SPD zum Wahlkampfthema hochspielen. Leider ist dieses der CDU bisher auch gelungen. So wurden bereits in dem Thesenpapier die Tage festgelegt, wann welche Information an die Presse gegeben werden sollte, wann welcher NEUE HEIMAT-Funktionär vor den Untersuchungsausschuß geladen werden soll, und schließlich, wie das Thema bis zur Bundestagswahl warm gehalten werden soll.

Das Thesenpapier, welches über dunkle Kanäle dann doch in DGB-Hände gekommen ist, zeigt die wirkliche Moral der doch so christlichen CDU. Bei den ganzen Vorgängen um die Neue Heimat, die sicherlich bedauerlich sind, und aus denen beim DGB Konsequenzen gezogen werden müssen, geht es der CDU jedoch in keinem Fall um die Mieter und schon gar nicht um die Beschäftigten bei der NEUEN HEIMAT, nein, nur um „Rache“ an den Gewerkschaften und der SPD für die Aktionen gegen die Regierung bei der Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz. So ist es dann auch überhaupt nicht mehr verwunderlich, daß die CDU/FDP-Mehrheit im Untersuchungsausschuß dafür sorgt, daß nur solche DGB-Funktionäre und andere NEUE HEIMAT-Aufsichtsratsmitglieder vor dem Ausschuß vernommen werden, die der SPD angehören.

Es drängt sich dem uninformatierten Bürger der Verdacht auf, die Neue Heimat werde von der SPD „regiert“ und die SPD habe die bedauerlichen Vorgänge zu verantworten. Wir wollen an dieser Stelle nur einige Namen von prominenten CDU-Politikern nennen, die in Aufsichtsräten bzw. Beiräten der Neuen Heimat sitzen bzw. in den vergangenen Jahren dort Verantwortung trugen.

Unter anderen sind dieses:

Norbert Grundmann (CDU), Minister a. D. im Aufsichtsrat der Neuen Heimat Essen;
Karl-Theodor Jacob (CDU), Präsident der Bayerischen Landesbank, im Aufsichtsrat der Neuen Heimat Städtebau Bayern;
Heinrich Junker (CSU), Staatsminister a. D. im Beirat der Neuen Heimat Städtebau Bayern;
Hans Katzer (CDU), Bundesminister a. D. im Beirat der Neuen Heimat und der Neuen Heimat Städtebau;
Gerd Lemmer (CDU), Staatsminister a. D. im Aufsichtsrat der Neuen Heimat Remscheid;
Adolf Müller (CDU), Bundestagsabgeordneter im Aufsichtsrat der Neuen Heimat NRW;
Selbst Baden-Württembergs Ministerpräsident **Lothar Späth** war mehrere Jahre sogar Geschäftsführer der Neuen Heimat in Baden Württemberg.

Diese Liste könnte spielend noch um einige Dutzend Namen von CDU-Politikern in Aufsichtsräten der Neuen Heimat erweitert werden. Warum werden diese Aufsichtsräte eigentlich nicht im Untersuchungsausschuß gehört? Warum haben diese Aufsichtsräte in den vergangenen Jahren, in denen bei der Neuen Heimat soviel schief gelaufen ist, nicht alles besser gemacht?

Warum schweigt auch Herr Späth, er mußte doch als langjähriger Geschäftsführer den besten Einblick in die Geschäfte der Neuen Heimat haben.

Aber würden auch diese Funktionäre, die bei der Neuen Heimat Verantwortung trugen und noch tragen, im Untersuchungsausschuß wie Angeklagte verhört, wie kann man dann noch das CDU-Wahlkampfthema „Neue Heimat“ hochhalten, kein vernünftiger Bürger würde noch das Märchen von der Alleinverantwortung von SPD-Gewerkschaftlern für die Krise bei der Neuen Heimat glauben.



Wahlkampfauftakt in Medebach

Zum Wahlkampfauftakt zur Bundestagswahl waren der Geschäftsführer der SPD Hochsauerland Dieter Schusdzarra und der stellv. Landrat Willi Gerlach nach Medebach gekommen. Dieter Schusdzarra rief alle Teilnehmer der gut besuchten Mitgliederversammlung auf, die Diskussion mit den Bürgern aktiv zu führen. Gerade in Medebach sei zu erkennen, daß der sogenannte Aufschwung an der Masse der Bürger vorbeigegangen sei. Nach wie vor gäbe es Arbeitslose über Arbeitslose, weitere Firmengängen in den letzten Jahren in Konkurs, letztendlich hätten nur einige wenige Gewerbetreibende vom Aufschwung profitiert.

Schusdzarra gab zu bedenken, daß nach neuesten Umfragen rund 40% der Wahlberechtigten noch nicht endgültig entschieden hätten, welche Partei sie am 25. Januar wählen würden. Wenn wir den Bürgern vermitteln können, daß wir neben dem besseren Kandidaten auch die bessere Politik, gerade für die Arbeitnehmer betreiben, ist das Wahlziel noch zu erreichen, auch wenn die derzeitigen Umfragen die Regierungskoalition vorn sehen. In der Versammlung hatte der stellv. Landrat Willi Gerlach zuvor zu Fragen der Schul- und Kulturpolitik des Kreises Stellung genommen.

Bürgeraktion gegen Medebacher Schulen?

Im Jahre 1981 wurde die Gesamtschule in NRW als reguläre Schulform neben den anderen Schulformen im Schulrecht verankert. Seitdem gilt für die Gesamtschule, wie für andere Schulformen, wenn eine ausreichende Zahl von Eltern (112) sich für eine von ihnen gewünschte Schulform entschieden hat, ist diese zu errichten.

Daß sich in Medebach und Umgebung mehr als 112 Eltern ausgerechnet für die Einrichtung einer Gesamtschule entscheiden, liegt für die Medebacher SPD weit außerhalb jeder politischen Realität.

Tatsache ist: Laut Schulentwicklungsplan gehen Medebacher Schüler verstärkt zum Gymnasium (z. Zt. 65%).

Da die Medebacher Sozialdemokraten auch Eltern sind, die das Beste für ihre Kinder haben wollen, bestand Einigkeit bei Mitgliedern und Fraktion, daß die SPD nicht irgendwelche utopischen Forderungen stellen sollte, sondern das bestehende Schulsystem so weit es geht vor Ort verbessern sollte.

Dazu gehört die Forderung nach Erweiterung des erfolgreichen Gymnasiums um eine gymnasiale Oberstufe, um unseren Kindern u. a. Beschleunigung weiterer Schulwege zu ersparen. Folgerichtig ist es am 28. 11. 1986 im Rat der Stadt Medebach zum einstimmig abgegebenen Votum zur Angliederung einer gymnasialen Oberstufe gekommen.

Vor diesem Hintergrund wird das Auftreten einer dubiosen Bürgeraktion „Erhaltet unsere Schulen“ auch in Medebach mehr als fragwürdig. Was wollen diese Selbsternannten „Beschützer“ unserer Schulen? Wenn von keiner Seite ein Interesse an der Veränderung der bestehenden Schulen geäußert wird, kann es sich nur um durchsichtige Wählerbeeinflussung handeln. Was will diese „Bürgeraktion“ wirklich?

Doppelte (CDU) Moral

Wer abtreibt, begeht Mord — sagt Herr Geißler. Wer einen Mörder, der als Kronzeuge auszusagen bereit ist, bestrafen will, macht sich zum Komplizen von Terroristen — sagt Geißler.

Die Begründung für Fristen- und Kronzeugenregelung ist gleich: einige Abtreibungen/Morde wenigstens sollen verhindert werden.

Die abtreibende Frau muß gnadenlos bestraft werden, den Mörder-Kronzeugen läßt man, mit Geld und neuen Papieren versehen, gnädig laufen. So will es die doppelte Moral des Heiner Geißler, so will es Herr Kohl und mit ihm ein Großteil der CDU, so will es vor allem die CSU. Wie gleichgültig Herr Geißler letztlich das Recht auf Leben sieht, zeigt seine kaltschnäuzige Erklärung: Der an ein Leben nach dem Tode glaubende Christ kann das erhöhte Kernkraftisiko leichter tragen. Das soll wohl heißen: Was macht es schon, wenn Christen bei einem Kernkraftwerksunfall ihr irdisches Leben verlieren. Mögen sie sich mit dem Jenseits trösten!

Vermutlich spekulieren Geißler und seine Kumpane darauf, die Bürger würden diese Doppelzüngigkeit nicht bemerken. Das ändert aber nichts an der verachtenswerten Unmoral dieser Argumentationsweise. Um ein Lieblingswort des Kanzlers zu benutzen: man muß die Sache auf den Punkt bringen. Und der Punkt heißt: Wäre die Union eine christliche Partei, würde sie solche heute nicht in ihre Führung oder ins Kabinett berufen, sondern umgehend aus der Partei werfen.